

Antrag

der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Wirtschaftsministeriums

Aufschwung durch Innovation

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob sie die Meinung teilt, dass Investitionen in Innovationen das beste Krisenmanagement sind;
2. wo und in welchem Umfang die Bundeskonjunkturprogramme und das Land in Innovationen investieren;
3. welche Erfolge die Innovationsgutscheine zeigen, mit denen gerade kleine und mittlere Unternehmen überhaupt oder stärker zur Forschung motiviert werden sollten und sollen;
4. wie sie die Empfehlung des Gutachtens für die Forschungsunion – eines hochkarätigen Beratergremiums von Bundesforschungsministerin Annette Schavan – beurteilt, einen Teil der Forschungsausgaben in Form von Steuergutschriften zu erstatten;
5. ob sie Kenntnis davon hat, wie viele der 1.100 neuen Stellen, die die Fraunhofer-Gesellschaft 2009 neu schaffen will (vgl. Focus Nr. 5 Seite 27), in Baden-Württemberg entstehen sollen.

29. 01. 2009

Dr. Rülke, Dr. Bullinger, Theurer, Chef, Kluck FDP/DVP

Eingegangen: 10. 02. 2009 / Ausgegeben: 09. 03. 2009

1

Begründung

Gerade in Krisenzeiten ist der Innovationsdruck auf die Wirtschaft besonders groß. Neue marktfähige Lösungen können gerade Deutschlands Kernindustrien helfen, die Rezession zu überwinden. Heute müssen die Technologien für den nächsten Boom entwickelt werden. Investitionsprogramme in Krisenzeiten sollten daher nicht zuletzt auch Innovationsprogramme sein.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 2. März 2009 Nr. 4-4331.0/125 nimmt das Wirtschaftsministerium in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und dem Finanzministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob sie die Meinung teilt, dass Investitionen in Innovationen das beste Krisenmanagement sind;

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass Investitionen in innovationsrelevante Bereiche einen wichtigen Schritt zur Bewältigung einer Wirtschaftskrise darstellen. Schwierige Zeiten sollten genutzt werden, um Innovationen voranzutreiben, um dafür gerüstet zu sein, in der Phase des Wirtschaftsaufschwungs neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen anbieten zu können.

2. wo und in welchem Umfang die Bundeskonjunkturprogramme und das Land in Innovationen investieren;

Das zweite Konjunkturprogramm des Bundes umfasst eine Aufstockung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) um 450 Mio. €. Künftig können aus diesem Programm nach Abschluss der beihilferechtlichen Prüfung durch die EU-Kommission auch einzelbetriebliche FuE-Vorhaben von westdeutschen Unternehmen gefördert werden. Auch soll die Grenze bei der Beschäftigungszahl auf 1.000 angehoben werden. Damit werden die einzelbetrieblichen Fördermöglichkeiten auch für Unternehmen in Baden-Württemberg wesentlich ausgeweitet.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes (ZIP) als Teil des Konjunkturpakets II und das Infrastrukturprogramm des Landes zielen im Übrigen in erster Linie auf die Förderung von Investitionen in die Infrastruktur. Sie stellen insoweit keine Programme zur Förderung des Innovationsgeschehens in Form konkreter Innovations- bzw. FuE-Vorhaben dar, mit denen unmittelbar in den Unternehmen Innovationen vorangebracht werden. *Mittelbar* wird das Innovationsgeschehen aber durch die vorgesehenen Investitionen in der Bildungsinfrastruktur gefördert, mit denen die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen nachhaltig gestärkt werden. Hierzu gehören insbesondere Investitionen zugunsten von

- Hochbau (Hochschulen, insbes. energetische Sanierung) und Uniklinika mit 246 Mio. €,
- Hochschulen (Großgeräte und Ausstattung) mit 60,9 Mio. € und

- außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Innovationsallianz, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft) mit 54 Mio. €,

aber auch Investitionen in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (WM: 10 Mio. €) und Beruflichen Bildungseinrichtungen und Staatlichen Versuchs- und Forschungsanstalten im Bereich des MLR (20,5 Mio. €). Innovationspolitische Bedeutung hat z. B. auch das aus dem Landesinfrastrukturprogramm mit 4 Mio. € dotierte Sonderprogramm „Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur“ im Bereich des UM oder die Bereitstellung von Bundesmitteln für die Breitbandverkabelung (30 Mio. €).

3. welche Erfolge die Innovationsgutscheine zeigen, mit denen gerade kleine und mittlere Unternehmen überhaupt oder stärker zur Forschung motiviert werden sollten und sollen;

Das im Februar 2008 gestartete Modellvorhaben Innovationsgutscheine erfreut sich einer regen Nachfrage und wird auch in diesem Jahr fortgesetzt. Bisher sind über 400 Anträge eingegangen. Davon haben bereits 265 Unternehmen einen Gutschein erhalten.

Viele Charakteristika der Antrag stellenden Unternehmen sprechen dafür, dass das Modellvorhaben Innovationsgutscheine die richtige Zielgruppe trifft. Über 70 % der Anträge wurden von Unternehmen gestellt, die bisher noch nicht mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen kooperiert haben. Diese Unternehmen werden also über diese Maßnahme an eine solche Zusammenarbeit herangeführt und zur Forschungskooperation motiviert. Darunter sind besonders viele Mikrounternehmen mit wenigen Beschäftigten. Die Hälfte der Antrag stellenden Unternehmen hat fünf oder weniger Mitarbeiter. Diese haben es besonders schwer, FuE intern durchzuführen.

Die Großzahl der Antragsteller kommt aus dem verarbeitenden Gewerbe (60 %). Dabei sind besonders viele aus den Bereichen Maschinenbau, Metallbe- und -verarbeitung, Kunststofftechnik, Medizintechnik und Messtechnik. Weitere relevante Branchen sind die unternehmensorientierten Dienstleistungen (20 %) und das Baugewerbe (10 %). Auch das Handwerk ist in seiner ganzen Branchenbreite gut vertreten. Bei 40 % der Unternehmen wären, nach Angaben der geförderten Unternehmen, die Projekte ohne Innovationsgutscheine nicht zustande gekommen. Bei weiteren 30 % wäre dies nicht sicher gewesen, oder die Projekte wären lediglich in kleinerem Rahmen durchgeführt worden.

Positiv ist auch zu vermerken, dass über 85 % der Gutscheinbezieher weitere Projekte mit der Forschungs- und Entwicklungseinrichtung durchführen möchten. Davon ist bei einem Drittel schon mindestens ein Projekt konkret in Planung.

Die ersten Ergebnisse zeigen, dass mit diesem neuen Förderansatz ein zielgruppengerechtes, unbürokratisches Verfahren entwickelt werden konnte, das bei den Unternehmern aufgrund seiner Einfachheit auf positive Resonanz stößt. Auch in anderen Bundesländern wächst das Interesse an dem baden-württembergischen Modellvorhaben. Ab Mai 2009 wird auch Bayern ein Modellvorhaben starten und orientiert sich dabei nahezu vollständig am baden-württembergischen Vorbild.

Eine tiefer gehende Erfolgsanalyse des Modellvorhabens kann etwa Mitte 2009 vorgenommen werden, wenn eine höhere Grundgesamtheit von bereits abgeschlossenen Projekten vorliegt.

4. *wie sie die Empfehlung des Gutachtens für die Forschungsunion – eines hochkarätigen Beratergremiums von Bundesforschungsministerin Annette Schavan – beurteilt, einen Teil der Forschungsausgaben in Form von Steuergutschriften zu erstatten;*

Im Zusammenhang mit der Zielsetzung, bis zum Jahr 2010 den Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt auf 3 % zu erhöhen, wird zunehmend die Implementierung einer steuerlichen Förderung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung diskutiert. Zu den verschiedenen Vorschlägen gehört auch die angesprochene Gewährung von Steuergutschriften, bei der ein bestimmter Betrag in Abhängigkeit von der Höhe der FuE-Aufwendungen von der Steuerschuld abgezogen werden soll. In einer von der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform 2008 eingesetzten ressortübergreifenden Arbeitsgruppe der verschiedenen betroffenen Bundesministerien sind die Möglichkeiten einer eigenständigen steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung sowie alternativer Fördermodelle in Deutschland vor kurzem untersucht worden. Die Arbeitsgruppe ist in ihrem Bericht zum Ergebnis gekommen, dass die steuerliche Förderung das geeignete Mittel für eine breitenwirksame FuE-Basisförderung wäre und die Rahmenbedingungen zur Verbreiterung der FuE-Aktivitäten der Wirtschaft verbessern würde. Der Bericht weist sowohl auf erhebliche Stärken und Chancen dieses Förderinstruments als auch auf die damit verbundenen Schwächen und Herausforderungen hin. Die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung wäre insbesondere mit dem Einsatz erheblicher zusätzlicher finanzieller Mittel verbunden.

Eine abschließende Meinung ist zu der Thematik bislang weder in der Bundesregierung noch in der Landesregierung gebildet worden. Zur Erhöhung der FuE-Aktivitäten hat die Wirtschaftsministerkonferenz am 15./16. Dezember 2008 die Bundesregierung gebeten, die bereits eingeleiteten Aktivitäten zur Prüfung einer steuerlichen FuE-Förderung und alternativer Konzepte wie die Verstärkung der direkten Innovationsförderung weiter voranzutreiben und die Länder dabei frühzeitig einzubinden. Zudem hat sie eine Länderarbeitsgruppe eingerichtet, die auf der Grundlage des Berichts der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe des Bundes eine Positionierung der Wirtschaftsminister der Länder vorbereitet. Die Länderarbeitsgruppe ist gebeten worden, der Wirtschaftsministerkonferenz bis zum Herbst 2009 einen Bericht vorzulegen.

5. *ob sie Kenntnis davon hat, wie viele der 1.100 neuen Stellen, die die Fraunhofer-Gesellschaft 2009 neu schaffen will (vgl. Focus Nr. 5 Seite 27), in Baden-Württemberg entstehen sollen.*

Nach einer Presseinformation der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) vom 29. Dezember 2008, die wohl Grundlage der Berichterstattung im Focus war, benötigt die FhG im Jahr 2009 bundesweit über 1.100 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um ihre Forschungsprojekte bewältigen zu können. Nach den Planungen der FhG entfallen davon rd. 275 auf Baden-Württemberg. Die Wachstumskontingente in den baden-württembergischen Instituten betragen 190 Stellen, der restliche Bedarf ist im Rahmen der Neubesetzung von durch Fluktuation frei werdenden Stellen abzudecken.

Die Fraunhofer-Gesellschaft muss über 60 % ihres Haushalts mit Einnahmen aus Wirtschaftsaufträgen und öffentlichen Projektzuschüssen decken. Daher hängt die personelle Entwicklung auch ihrer Institute in Baden-Württemberg in erster Linie von der Entwicklung der Nachfrage aus der Wirtschaft und vom Erfolg in der Einwerbung öffentlicher Projektmittel ab.

Pfister
Wirtschaftsminister